

Irena Sroka (Katowice)

## DIE ORGANISATION VON ZWANGSARBEITSEINSATZ IN DEN EINGEGLIEDERTEN GEBIETEN IN DER ERSTEN PHASE DES KRIEGES (AM BEISPIEL OBERSCHLESIENS)

In den Kriegsvorbereitungen der Nazis wurde dem Arbeitseinsatz viel Aufmerksamkeit gewidmet. Der wachsende Bedarf an Arbeitskräften im Zusammenhang mit der Durchführung von Aufgaben militärischer Bedeutung verursachte eine Reorganisierung des staatlichen Apparats der Arbeitsvermittlung. Mit Rechtskraft der Verordnung vom 26. Mai 1938 wurde die Arbeitspflicht eingeführt. Der Rang der bestehenden Arbeitsämter wurde 1938 durch ihre Unterstellung dem Reichsarbeitsministerium angehoben. Seitdem gehörte zu ihrem Arbeitsbereich die gesamte Frage des Arbeitseinsatzes u. a. die Ausarbeitung von langjährigen Arbeitseinsatzplänen, in denen auch die zukünftig zu erobernden Gebiete nicht umgangen wurden.<sup>1</sup>

Die Besetzung Polens infolge der September-Niederlage eröffnete den deutschen Behörden die Möglichkeit der Einbeziehung der hier bestehenden Ressourcen an Arbeitskräften in das System der hitlerschen Kriegswirtschaft. Diese Möglichkeiten wurden voll ausgeschöpft. Gemäß den vorher ausgearbeiteten ersten organisatorischen Konzeptionen wurde sofort nach der Besetzung der polnischen Gebiete durch die Wehrmacht die Bildung von Arbeitsämtern in Angriff genommen, deren grundlegende Aufgabe die Leitung der Arbeitseinsatzfragen war.

Das Landesarbeitsamt Schlesien wurde mit Kraft der Verordnung des Reichsarbeitsministers zur Bestellung von Arbeitsämtern in den südöstlichen Kreisen, mitsamt des Dombrowaer — Beckens, Oberschlesiens des Teschener- und Olsaer-Landes, beauftragt.<sup>2</sup> Diese Gebiete bildeten im hitlerschen Organisationssystem eine neue Verwaltungseinheit in den Grenzen des Regierungsbezirke Katowice. Diese Gebiete kenzeichneten eine gut entwickelte Industrie sowie große Bodenschätze. Ihr wirtschaftliches Potential war auch ausschlaggebend für die Zusammenfassung in einer Verwaltungseinheit und ihre Eingliederung ins Reich.

<sup>1</sup> C. Luczak, *Polscy robotnicy przymusowi w Trzeciej Rzeszy podczas II wojny światowej*. Poznań 1974, S. 11.

<sup>2</sup> Kriegstagebuch Nr. 2, X 6 IX 1939. MiD WiH, T-77, fol. 623 kl. 1813070.

Bestandteil des hitlerschen Plans der wirtschaftlichen Ausbeutung der besetzten polnischen Gebiete war die maximale Ausnutzung der hier gegebenen Ressourcen an Arbeitskräften. Die erste Etappe der Durchführung betraf die registermäßige Erfassung aller arbeitsfähigen Personen. Diese Aufgabe wurde von den Arbeitsämtern, einen von den ersten Besatzungsbehörden in den eingenommenen polnischen Gebieten, realisiert.

In den ersten Wochen der Hitler-Besetzung waren sie direkt dem Referat für Arbeitseinsatz und soziale Fragen, beim Sonderstab der Zivilverwaltung, unterstellt.<sup>3</sup> Nach der Eingliederung dieser besetzten polnischen Gebiete ins Reich, wurden sie dem Landesarbeitsamt Schlesien (in Wroclaw) und später in Katowice untergeordnet.

Im Regierungsbezirk Katowice waren 11 Hauptämter mit zahlreichen Nebenstellen tätig. Schon in den ersten Septembertagen des Jahres 1939 wurde mit der Registrierung der arbeitsfähigen Personen begonnen. Es ging hier um eine schnelle Erfassung der Berufstätigen, um den Gesamtbestand der dem Besatzer zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte zu ermitteln. Die Arbeitsämter registrierten die Bevölkerung im Alter von 14 bis 60 Jahren und öfters sogar bis zum 70. Lebensjahr. Die Bevölkerung wurde unter Androhung scharfer Strafmaßnahmen verpflichtet sich in den Arbeitsämtern in angesetzten Terminen zu melden. Die Registrierungstermine wurden in der örtlichen Presse bekanntgegeben. Die sich meldeten Personen wurden nach Berufen erfasst, wodurch scheinbar eine schnelle Einweisung in entsprechende Betriebe erleichtert werden sollte. In der Praxis jedoch stellte es sich heraus, daß die Besatzer anstrebten alle Arbeitskräfte zu erfassen, um sie nach eigenen Ermessen oft ohne Berücksichtigung ihrer Qualifikation einzusetzen. Jedes Recht auf Wahl der Arbeitsart und des Arbeitsortes wurde ihnen genommen. Alle Registrierten waren verpflichtet zur sofortigen Aufnahme der ihnen vom Besatzer zugewiesenen Arbeit, womit es der Einführung eines Arbeitszwanges gleich kam sowie eine ständige Kontrolle der Arbeitstätigen sicherte.

Infolge der Kriegshandlungen wurden viele Industriebetriebe zerstört und konnten von den Besatzern nicht sofort in Betrieb genommen werden. Ihr Land verteidigend demontierten oder vernichteten die Polen viele Maschinen und Anlagen, vor allem in den örtlichen Hüttenwerken und Fabriken. Dies begrenzte im bedeutenden Maße die Zahl freier Arbeitsplätze. Außerdem erfolgte die volle Inbetriebnahme der Produktion in den meisten Werken der Hütten- und Metallindustrie erst nach ihrer Adaption an die Anforderungen der Kriegswirtschaft. Darüber hinaus gab es in diesem Gebiet schon aus der Zwischenkriegsperiode eine große Anzahl von Arbeitslosen.

---

<sup>3</sup> Staatsarchiv der Wojewodschaft Katowice (Zit.n. WAPK) RK, Bd. 5180 S. 2.

Wenn noch die Tatsache berücksichtigt wird, daß die Arbeitsämter Jugendliche abbeendeten 14. Lebensjahr sowie im breiten Umfang Frauen und auch Rentner registrierten, wird klar, woher die Arbeitslosen, die der hitlerschen Kriegswirtschaft neuen Auftrieb geben sollten, herkommen.

In den ersten Monaten der Hitler-Besatzung zeigen die Statistiken der Arbeitsämter im Regierungsbezirk Katowice eine ständig steigende Zahl von Arbeitslosen auf. Die Arbeitslosigkeit erreichte ihre Spitze im Januar 1940, bis als in den einzelnen Hauptämtern mehrere Zehntausend Arbeitslose registriert waren. Im Bereich des Hauptamtes Katowice gab es damals 50 799 Arbeitslose<sup>4</sup>, Pszczyna 14 167<sup>5</sup>, Rybnik 11 679<sup>6</sup>, Bielsko 39 119<sup>7</sup>, Chrzanów 19 070<sup>8</sup>, und im Dąbrowaer-Revier 51 377<sup>9</sup>. Von da an beginnt ein systematischer Abstieg der Arbeitslosigkeit. Ihre Maßenerscheinung wurde im Herbst 1940 in Griff genommen. Bemerkenswert ist unter den Arbeitslosen der große Anteil von Familie-Haupternährungsträgern sowie Frauen.

Eine weitere Aufgabe der Arbeitsämter war die möglichst schnelle Arbeitseinweisung der Erfassten in den Arbeitsprozeß für den Hitlerbesatzer.

In den örtlichen Betrieben wurden in erster Linie Personen beschäftigt, die ihre Zugehörigkeit zur deutschen Minderheit in der ehemaligen Wojewodschaft Schlesien nachweisen konnten. Dagegen Polen, die vom Besatzer als „unverlässiges Element“ bezeichnet wurden, sind zur Zwangsarbeit ins Reich abtransportiert worden. Die Abtransportierung wurde oft mit körperlicher Gewaltanwendung gehandhabt, wobei zugleich verschiedene Formen ökonomischen Zwanges genutzt wurden.

Die ersten Zwangsverschickungen im Regierungsbezirk Katowice finden schon in der zweiten Hälfte September 1939 statt. Zu dieser Zeit wurden z. B. vom Hauptamt Katowice 3394 Personen ins Reich abtransportiert. Die ersten Transporte von Polen, registrierten in den Arbeitsämtern Katowice, Myslowice und Chorzów, wurden zum Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft sowie in Gruben der Prowinz Schlesien, wie auch in die „Hermann Göring-Werke“ in Salzgitter, geleitet.<sup>10</sup>

Zur Zwangsarbeit in der Landwirtschaft wurden vor allem nicht voll-

<sup>4</sup> Wirtschaft und Arbeitseinsatz, WAPK, Gauarb. O/S Bd. 679 S. 139.

<sup>5</sup> WAPK, Gauarb. O/S Bd. 691 S. 22.

<sup>6</sup> Ebenda, Bd. 694, S. 40.

<sup>7</sup> Der Arbeitseinsatz, Gauarb. O/S Bd. 682, S. 92.

<sup>8</sup> Ebenda, Bd. 684, S. 47.

<sup>9</sup> Der Arbeitseinsatz, ebenda, Bd. 791, S. 90.

<sup>10</sup> Vermittlungstätigkeit des Arbeitsamtes Kattowitz IX 1939 - 31 V 1941, WAPK, Gauarb. O/S Bd. 679, S. 156; *Wieder Arbeit und Brot*. „Kattowitzer Zeitung“ Nr. 272 - 9 X 1939; *Die polnischen Behörden verschleierten die Arbeitslosigkeit*, ebenda, Nr. 270 - 7 X 1939.

jährige Jugendliche und Frauen verschickt, deren erste Transporte auch in der zweiten Hälfte September des Jahres 1939 abgefertigt wurden. Ab September 1939 bis Ende Mai 1941 wurden insgesamt 58 605 Personen außerhalb des Bezirk Katowice zum Arbeitseinsatz gebracht, davon 18 449 Frauen, viele Jugendliche, Mädchen und Jungen, die von den Besatzern als unqualifizierte Arbeiter behandelt wurden. Alle wurden in die Landwirtschaft, hauptsächlich Niederschlesiens, verschickt. Insgesamt sind in dieser Zeit 28 828 Jugendliche zwangsweise verschickt worden.<sup>11</sup>

Analog stellte sich die Situation in anderen Arbeitsamtsbezirken des Regierungsbezirks Katowice dar. So z. B. aus dem Hauptamt Chorzów wurden im Zeitraum vom September 1939 bis Februar 1941 — 5842 Personen, davon 1729 Frauen, ins Reich zur Zwangsarbeit eingesetzt, dagegen 7539 Personen in der Provinz Schlesien. Insgesamt sind 13 381<sup>12</sup> Personen außerhalb des Gebietes von Chorzów beschäftigt worden.

Im Kreise Tarnowskie Góry wurden in der selben Zeit 14 Tausend Personen außerhalb zur Arbeit vermittelt, die Hälfte davon ins Reich.<sup>13</sup> Aus dem Kreise Rybnik dagegen wurden bis zum Juni 1941 21 298 Personen, davon 7 042 ins Reich, verschickt.<sup>14</sup> Wieder aus dem Dąbrowaer-Becken wurden bis April 1941 — 32 925 Personen zur Zwangsarbeit verschickt.<sup>15</sup>

Nach der völligen Inbetriebnahme der örtlichen Industriebetriebe und ihrer Adaptation an die Erforderungen der Kriegswirtschaft sind viele von ihnen in ihre ehemaligen Wohnorte zurückgekehrt und haben hier in der Industrie Arbeit aufgenommen. Fehlendes Quellenmaterial macht eine quantitative Darstellung des Problems unmöglich.

Parallel zu den obigen Maßnahmen verlief der Prozeß des Arbeitseinsatzes in den örtlichen Betrieben. Entscheidenden Einfluß auf den Stand und die Beschäftigungsstruktur im Regierungsbezirk Katowice hatte die Bergbau- und Hüttenindustrie.

Die Steinkohlengruben in Oberschlesien und im Dąbrowaer-Revier wurden vom Besatzer in einem Zustand übernommen, der eine baldige Förderung ermöglichte. In einigen Gruben wurde fast eine fortlaufende Produktion eingehalten. Anfangs behielt man den Stamm der Belegschaft ohne größere Personaländerungen bei, denn es ging hier um eine schnelle Wiederaufnahme der Förderung. Erst nach einer bestimmten Zeit begannen die Besatzer die Belegschaft nach völkisch-politischen Kriterien auszutauschen. Denn nach den Hitler-Plänen sollten diese Gebiete reinddeutsch werden. Im Zusammen-

<sup>11</sup> Ebenda.

<sup>12</sup> Zusammenstellung der Abgänge von Arbeitssuchenden für die Zeit von 8.9.1939 - 28.2.1941. WAPK, Gauarb. O/S Bd. 683, S. 3.

<sup>13</sup> Beschäftigung und Arbeitslosigkeit. WAPK, Gauarb. O/S Bd. 681 S. 76.

<sup>14</sup> Ebenda, Bd. 694, S. 39.

<sup>15</sup> Ebenda, Bd. 696, S. 24.

hang damit beobachten wir im Bereich der Gestaltung von Arbeitsbedingungen die Einwirkung einer antipolnischen Volkstumspolitik.

Der Beschäftigungsstand im Bergbau wuchs sehr schnell und erreichte 1940 den Vorkriegsstand.

Insgesamt waren anfangs 1941 etwa 185 Tausend Arbeiter im Kohlenbergbau beschäftigt, das waren 1/4 der Gesamtbeschäftigungszahl in der Industrie der Provinz Oberschlesien. Allein in den Gruben des "Hermann Göring" Konzerns waren 52 Tausend Personen beschäftigt.<sup>16</sup>

Viel langsamer erfolgte die volle Inbetriebnahme der Produktion in der zweiten Schlüsselindustrie, nämlich in der Hütten und Metallindustrie. Das ergab sich u. a. durch eine wesentliche Veränderung des Produktionsassortiments, bedingt durch die Erfordernisse des Krieges. Im April 1941 waren in diesem Industriezweig 120 Tausend Arbeiter und Angestellte beschäftigt.<sup>17</sup>

Weitere arbeiteten in verschiedenen anderen Betrieben der Wirtschaft. Alle jedoch waren Objekt einer rücksichtslosen Ausbeutung, gemäß den generellen Zielsetzungen der hitlerschen Totalpolitik, die der polnischen Bevölkerung gegenüber dem III. Reich, eine Sklavenrolle zuwies. Die zwangsmäßige Einbeziehung von Hunderttausenden Arbeitern aus den besetzten Gebieten in die Hitlersehe Kriegsmaschine bildet einen der grundlegenden Bestandteile der gegen unser Volk gerichteten Besatzungspolitik.

---

<sup>16</sup> Struktur und Probleme der oberschlesischen Wirtschaft, WAPK, Inst. Wirtsch. Bd. II. S. 3, 15.

<sup>17</sup> Ebenda, S. 5.

